



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

scharf unterdrückt. So wurde der Japan-Advertiser, eine in Tokio erscheinende amerikanische Zeitung verboten, weil sie eine Kundgebung japanischer Sozialisten Europas, in welcher erstere ihre Sympathie für die europäische Revolution bekundeten, zum Ausdruck gebracht hat. Der Japan Chronicle, ein in Kobe erscheinendes englisches Blatt, wurde mit dem mehrwöchentlichen Verbot des Erscheinens bestraft, weil es die Forderungen der Internationalen gebracht hatte. In Kobe erhielt der verantwortliche Redakteur des englischen Kobe Herald sechs Monate Gefängnis, weil er den Bericht einer Pekinger Zeitung wiedergegeben hatte, in welcher es hieß, daß der japanische Kaiser „unerfahren“ sei. Jedoch verließ dieser englische Journalist das Land vorzeitig und entging auf diese Weise der Gefängnisstrafe. Ein junger Professor der Kaiserlichen Universität in Tokio, der in der japanischen Presse über Kropotkins Denkwürdigkeiten und Ansichten objektive Berichte gebracht hatte, hat erst vor kurzem eine dreimonatige Gefängnisstrafe abgehüßt.

Aus dem hier Dargelegten ergibt sich, daß die japanische Presse als Trägerin der öffentlichen Meinung immerhin heute sehr erhebliche Schwächen aufweist, und daß für Deutschland im Hinblick auf die intensiven Wirtschaftsbeziehungen zu Japan die dringende Notwendigkeit besteht, durch einen direkten Depeschendienst, der den Vorkriegsdienst in seinen Leistungen und Wirksamkeiten womöglich noch übertrifft, versucht werden muß, die früheren wertvollen Beziehungen und Anknüpfungsmöglichkeiten auszubauen und — daß die Kostenfrage dabei kein Hindernis sein darf.

Weltspiegel

Deutsche Ziele. Sprach man vor dem Kriege mit Franzosen über Elsaß-Lothringen, so fiel die Bedenkenlosigkeit auf, mit der die Wiedergewinnung dieser verlorenen Provinzen als absolutes Ziel bezeichnet wurde. Man war sich drüben natürlich dessen klar bewußt, daß die Erreichung dieses Zieles einen gewonnenen Krieg voraussetzte und hatte selbstverständlich abweichende Ansichten über die Opportunität und die Chancen eines neuen Krieges, man drückte sonach keinen Wunsch mehr oder weniger energisch und bestimmt aus, aber bezüglich des Zieles selbst gab es doch nicht das geringste Schwanken. Da war keiner, der etwa mit Rücksicht auf die Stellung des Alerus im Elsaß ängstlich abgewinkt oder der im Hinblick auf die fortgeschrittenere deutsche soziale Gesetzgebung abgewehrt oder aber als Gegenargument sonst irgend eines der vielen schweren Probleme, mit denen die Franzosen sich schon jetzt unbehaglich herumschlagen, ins Feld geführt hätte, sondern allgemein galt der Grundsatz: zunächst das Land selbst; wie wir damit fertig werden, ist hernach eine innere Angelegenheit, die wir schon bewältigen werden.

Ganz anders in Deutschland, wo von der Angliederung deutscher Volksteile außerhalb der Grenze die Rede ist. Da hat der eine wirtschaftliche, der zweite religiöse, der dritte parteipolitische, der vierte staatsrechtliche Bedenken. Anstatt es als selbstverständlichen und unbedingten Grundsatz aufzustellen, daß alle Deutschsprechenden auch zu Deutschland gehören müßten. Es ist durchaus richtig, daß Gleichheit der Sprache keineswegs immer maßgebend für die natürliche Staatszugehörigkeit ist; die deutschsprechenden Schweizer zum Beispiel, die seit Jahrhunderten für sich leben, wollen von einer Vereinigung mit Deutschland nichts wissen, und dieser Wille ist unbedingt zu achten. Sobald aber die abgesplitterten

oder getrennten Volkskörper im Stammlande ihr geistiges und völkisches Zentrum erblicken und dem Zusammenschluß nur eine Grenzlinie im Wege steht, sollte die oberste Forderung immer auf Vereinigung lauten. Natürlich unterliegt es außerpolitischen Bedenken, ob eine Vereinigung zu dem oder jenem Zeitpunkt erfolgt, aber über das Ziel selbst sollte es keine Meinungsverschiedenheiten geben. Gerade den Deutschen, die sich schmeicheln, ein Volk von Idealisten zu sein, steht es schlecht an, bei jeder Gelegenheit mit wirtschaftlichen Bedenken zu kommen. Selbstverständlich leiden bei jeder Neuordnung staatsrechtlicher Verhältnisse bestimmte wirtschaftliche Interessen, aber so ehern sich auch große durchgehende Grundgesetze der Wirtschaft erweisen, so beweglich ist der Betrieb, und was infolge solcher Umordnungen auf der einen Seite verloren geht, pflegt auf der andern mehr als wiedergewonnen zu werden und im allgemeinen entspringen solche wirtschaftlichen Bedenken lediglich dem Eigennutz oder der bekannten bürgerlichen Denkfähigkeit, die immer nur die alten gewohnten Wege gehen will. Was die staatsrechtlichen Bedenken betrifft, so sind sie rein formaler Beamtenkram, der Wichtigkeit nur bei einem Volk haben kann, das freilich in immer stärkerem Maße den Beamten nicht als Diener des Volkes, sondern als Gendarmen aufzufassen geneigt ist. Die Bedeutung der religiösen Bedenken darf nicht unterschätzt, sie darf aber auch nicht überschätzt werden. Man kann niemandem darüber Vorschriften machen, ob er staatliche und völkische Verhältnisse oder die Religion als ausschlaggebend für seine politische Stellungnahme ansehen soll, aber darüber sollte sich jeder Deutsche klar sein, daß an ein starkes und geeinigtes Deutschland nicht wieder gedacht werden kann, ehe nicht die kirchlichen Gegensätze ausgeglichen oder abgeschwächt und wenn dies nicht möglich, in ihrer politischen Auswirkung vor einem unbedingt als höher zu bewertenden, vor dem Begriff des gemeinsamen Vaterlandes zurückzutreten haben. Und möge sich jeder Deutsche stets vor Augen halten, daß wenn dies ihm, dem es freilich seiner ganzen schwerblütigen Veranlagung wegen besonders schwer fällt, nicht gelingt, er hier gleich wieder in die Kleinstaaterei des achtzehnten Jahrhunderts zurückfallen kann.

Es darf, und jetzt weniger als je, keine selbstgebaute Hindernisse zur Vereinigung aller Stämme deutscher Zunge geben. Alle Bedenken müssen vor solcher Kardinalforderung verstummen. Die Außenpolitik des Reiches ist nach diesem obersten Ziel zu allererst zu orientieren. Immer wieder hört man die Klage: Was können wir denn jetzt unternehmen? Wir sind zur Ohnmacht verurteilt. Das sind Beamtenprüche. Der Wille eines Volkes ist das Mächtigste, was es auf Erden gibt. Dagegen kommt kein Bajonettenkranz und kein Scheckbuch auf. Es kommt nur darauf an, diesem Willen ein Ziel zu geben und ihn so zu lenken, daß er sich nicht an Kleinigkeiten verläppert, an Klippen zerschleift, in Mulden wirtschaftlichen Wohlfleins versichert und versumpft, daß er sich nicht anarchisch zerteilt in ohnmächtige Bächlein, die dem und jenem anmutige Mühlen treiben, sondern daß er mächtig zusammengefaßt, Blöcke entwurzelt, Dämme zerbricht und, zu richtiger Zeit und am günstigsten Ort versteht sich, alles beiseite räumt, das ihn an der natürlichen Gestaltung seines Daseins hindert.

Wie der engere Zusammenschluß der Deutschen im arg zusammengeschrumpften Deutschland selbst zu fördern sei, ist hier zu erörtern der Ort nicht. Möglich wäre es, und nicht nur im Sinne eines Zukunftsprogramms, sondern durch sofortige Realisierung. Der Anschluß aber der außerhalb der Grenzen Deutschlands lebenden Volksgenossen sollte das erste und selbstverständliche Ziel aller deutschen Außenpolitik sein. Es bedarf gar keiner besonderen Discretion, dieses Ziel aufzustellen, es ist eine ganz selbstverständliche Forderung, die keinem zu nahe tritt, sondern sogar von dem Allerhöchsten Weltrichterkollegium, dem Obersten Rat von Versailles, in prunkvollen Proklamationen genehmigt ist. Es ist möglich, daß diese Forderung diesem oder jenem politisch nicht in seinen Kram paßt, aber wenn sie nur laut und nachhaltig genug erhoben wird, kann niemand ernsthaft gegen ihre Realisierung etwas unternehmen. Haben die Deutsch-Osterreicher schon irgend einen Vorteil davon gehabt, daß sie die Volksabstimmung für den An-

schluß einstellten? Gaben die Kreise, die bei uns stöhnten: Ach, dann müssen wir den Österreichern auch mithelfen, sich nur im mindesten bedacht, als der Rummel mit der Hilfe für Rußland losging, die nun wirklich nur ein paar hundert neuen Beamten und Lebensmittelchiebern helfen wird? Sätten wir nur die Schneid, die Sache richtig aufzumachen; meint irgend jemand, das französische Volk würde deshalb einen neuen Krieg anfangen, weil irgend ein Paragraph des von Frankreichs Chauvinisten noch weit härter als von Deutschen, wenn auch aus anderen Gründen getadelten Friedensvertrages den ganz selbstverständlichen Anschluß verbietet? Ich sage nicht, daß der Anschluß sich jetzt auf der Stelle vollziehen soll, ich erkenne durchaus an, daß manche Auseinandersetzungen mit den Nachfolgestaaten leichter vonstatten gehen, wenn Deutsch-Osterreich statt Großdeutschland das Wort führt; aber ich bekämpfe den Kleinmut, der eine berechnete und als berechnete erkannte Forderung von vornherein unter der Drohung der Nachbarn fallen läßt. Im Gegenteil müßte bei allen Erwägungen über „Anschlüsse“ und „Bündnisse“ dieses Ziel zunächst ausschlaggebend sein.

Schwieriger steht es mit dem Problem der Deutschen in der Tschechoslowakei. Auch hier wird das Ideal der Vereinigung der Deutschen mit dem Mutterlande bleiben müssen. Aber man sei sich auch darüber klar, daß eine Verwirklichung dieses Ideals vorderhand nicht möglich sein wird und daß dahingehende Forderungen uns in stete unüberwindliche Gegensätze nicht nur zu der Tschechei selber, sondern notwendigerweise zu dem ganzen Komplex der Kleinen Entente bringen muß. Und es fragt sich, ob wir uns diese Belastung unserer Außenpolitik mit neuen Feindschaften vorderhand leisten können oder ob nicht die Forderung nach einer nicht nur gesetzmäßig verbürgten, sondern auch praktisch bestehenden Stellung der Deutschen in Tschechien analog der gesetzmäßigen Stellung der Flamen in Belgien vorläufig als das Höchstmäß des Anzustrebenden angesehen werden muß. Auch dies ist eine Forderung, der auf die Dauer niemand sich widersetzen kann.

Wie sich die Stellung der Deutschen in Lettland und Estland gestalten wird, muß abgewartet werden, grundsätzlich wird aber zum mindesten — und das gilt für alle östlichen Länder — ein ausreichender Minderheitenschutz anzustreben sein. Aufgabe der Presse wird es sein, mehr als bisher die kulturellen Zusammenhänge wahrzunehmen und etwa vergewaltigte Rechte deutschsprechender Volksteile kräftig zu vertreten. Man redet immer von Chauvinismus in der deutschen Presse. Wie aber würde sich die Presse irgend eines Landes zu der Behandlung gestellt haben, die deutsche Siedler in den Deutschland von Polen geraubten Landesteilen haben erdulden müssen? Man stelle sich Frankreich in dieser Lage vor. Oder Italien. Oder Amerika. Daran gemessen erscheint die Stellungnahme der deutschen Presse als Ganzes genommen einfach lau und lammsgeduldig. Es wäre sehr hübsch, wenn wir in dieser Beziehung von der ausländischen Presse lernen würden, nicht indem wir ihre Auswüchse und Übertreibungen nachahmen, aber indem wir lernen, das Interesse an Gegenständen völkischer Bestrebungen ständig wach zu halten.

Die zweite große Grundbestrebung deutscher Außenpolitik muß auf die möglichst baldige Befreiung der besetzten Rheinlande und des Saargebiets ausgehen. Die Franzosen stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Besetzungsfristen entweder noch nicht zu laufen begonnen haben oder wegen Fortfalls des englisch-amerikanisch-französischen Garantievertrages beliebig über die im Friedensvertrage vorgesehenen fünfzehn Jahre ausdehnbar sind. Es muß von deutscher Seite alles getan werden, um diese Meinung gar nicht erst aufkommen zu lassen und die Besetzungsfrist möglichst zu mindern. Wie der Anschluß Deutsch-Osterreichs im Osten muß die möglichst baldige Befreiung der Rheinlande im Westen das große Ziel sein, dem alles unterzuordnen ist und das hinter allen, auch den alltäglichsten politischen Handlungen als Leitstern zu stehen hat. Auch darüber sollte sich jeder Deutsche klar sein, daß von friedlicher Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland nicht die Rede sein kann, solange noch der

Feind deutschen Boden besetzt hält. Ob allerdings Revanchegeschrei und Drohungen Mittel zur möglichst raschen Befreiung der Rheinlande sind, mag sich jeder selbst überlegen.

Über Eupen und Malmedy wird man sich über kurz oder lang bei geschickter und geduldiger Behandlung der Frage mit Belgien einigen können. Um das Saargebiet werden in 14 Jahren Kämpfe entbrennen, von deren Schärfe wir in Oberschlesien einen Vorgeschmack bekommen und aller Wahrscheinlichkeit werden sie das Signal zu einem neuen französisch-deutschen Kriege geben (der ja nicht gerade mit Waffengewalt ausgefochten zu werden braucht). Aber auch die elsäß-lothringische Frage kann durch den Versailler Raubfrieden keineswegs als erledigt gelten. Schon jetzt bereitet die Sprachenfrage den Franzosen die größten Schwierigkeiten und sobald erst einmal die Neutralsen nicht mehr einfach durch den Vorwurf der Deutschfreundlichkeit mundtot gemacht werden können, wollen die Elsäßer mit immer größerem Nachdruck die ihnen 1918 mit eleganter Handbewegung versagte Volksabstimmung fordern. Und eine solche Volksabstimmung, die zwischen Zugehörigkeit zu Deutschland oder Frankreich einerseits, Autonomie andererseits entscheidet, muß zum mindesten von Deutschland verlangt werden. Haben die Franzosen in dieser Beziehung ein gutes Gewissen (wie denn viele in dieser Sache guten Glaubens sind), so werden sie sich auch dieser Forderung offen nicht widersetzen können. Voraussetzung aber des günstigen Ausgangs all dieser Bestrebungen ist natürlich Festigung und geordnete Zustände im Innern. Man kann nicht blindlings von Völkern und Volksstämmen Idealismus fordern, den man zwar fleißig im Munde führt, praktisch jedoch oft genug im Kleinen wie im Großen verleugnet, irgend etwas Materielles oder Geistiges, aber irgend etwas greifbar Bestimmtes muß man zu bieten haben.

Was endlich die Kolonien betrifft, so führt uns jeder Tag aufs neue und immer eindringlicher die Notwendigkeit von Kolonisationsgebieten für unseren Bevölkerungsüberschuß vor Augen. Es muß vorausgesetzt werden, daß Deutsche mindestens dorthin wieder zurückkehren, wo, wie in Deutschostafrika, die früher deutschen Gebiete augenblicklich, und, soweit man absehen kann, noch lange Zeit aus einer Menge von Gründen, schlechter verwaltet werden als früher; daß ferner Deutsche in jenen Kolonien, zum Beispiel in portugiesischen zugelassen werden, die sich gegenwärtig gar nicht, — durch hochwertige Kolonisierungstätigkeit aber besser — rentieren. Dazu gehörte dann freilich, daß zunächst wir selber unsere Übersee-Deutschen, soweit sie geflüchtet sind — Verluste erlitten haben, auf diplomatischem wie materiellem Gebiete — in den Stand setzen, möglichst bald wieder hinauszugehen. Der überaus langsame und bürokratische Gang der Entschädigungszahlungen an geschädigte Auslands-Deutsche, die immerhin den sogenannten Reparationszahlungen an den Feindbund und Unterstützungen für „Arbeitslose“, die 20 000 Mark in Rennwetten einsetzen, nicht vorgehen, ist einfach ein Skandal, mit dem sich die Presse ruhig einmal ausführlich beschäftigen könnte. Oder ist das Maß von Beamtenfaulheit, Bürokratenverbissenheit, Desorganisation und menschlicher Gleichgültigkeit gegen das Schicksal Zehntausender von einzelnen, die hier zum Ausdruck kommen, noch immer nicht voll?

Mit diesen Zielen aber, denk ich, ließe sich schon ein halb Jahrhundert, und länger ist ja überhaupt kein außenpolitisches Vorausdisponieren möglich, leben und schalten, hält man sie unentwegt, wenn auch nach vielleicht wechselndem Plane fest, so muß die Erreichung einiger, wenn nicht aller, sicher sein. Nur lerne man an ihre Möglichkeit glauben, ihre Notwendigkeit einsehen, ihre Berechtigung zu verfechten und immer aufs neue darzutun. So kann, was andere Völker erreicht haben, dem Deutschen schließlich nicht versagt sein. Menenius